

PRESSEMITTEILUNG 55 – 12.03.2026

Niclas Dürbrook**Messerkriminalität entschieden angehen!****Zur heutigen Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2025 erklärt der polizeipolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niclas Dürbrook:**

„Zunächst gilt unser ausdrücklicher Dank allen Polizistinnen und Polizisten und Mitarbeitenden der Landespolizei in Schleswig-Holstein. Sie leisten täglich einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten und sorgen unter oft schwierigsten Bedingungen für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Dass die Fälle von Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte auch weiterhin auf einem hohen Niveau bleibt, ist nicht hinnehmbar. Auch wenn die Zahlen zuletzt leicht zurückgegangen sind, gilt weiterhin: Gewalt gegen diejenigen, die für unsere Sicherheit sorgen, ist völlig inakzeptabel.

Dass die Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt gesunken sind, ist zunächst eine gute Nachricht. Gleichzeitig darf das natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ernsthafte Probleme insbesondere im Bereich der Rohheits- und Gewaltdelikte gibt. Der erneute Anstieg der erfassten Messerangriffe ist erschreckend und ein klares Warnsignal. Insgesamt wurden im Jahr 2025 1.282 Straftaten als Messerangriffe registriert, ein Anstieg um acht Prozent. Diese Taten haben häufig verheerende Folgen. Elf Menschen wurden dabei getötet. Die überwiegende Zahl der Taten findet im öffentlichen Raum statt, also genau dort, wo Menschen sich sicher fühlen müssen. Solche Taten erschüttern das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger. Besorgniserregend ist zudem, dass ein erheblicher Anteil der Tatverdächtigen Kinder und Jugendliche sind. Die gesellschaftlichen Spannungen und Radikalisierungstendenzen machen sich auch im Alltag der Beamtinnen und Beamten auf der Straße bemerkbar. Klar ist: Messer haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Gleichzeitig werden Verbote allein das Problem nicht lösen. Wir brauchen eine stärkere Präventionsarbeit, eine gute personelle Ausstattung der Polizei und Maßnahmen, die Gewalt gar nicht erst entstehen lassen. Dazu gehört auch, Radikalisierung, insbesondere im Internet, stärker in den Fokus zu nehmen. Wir haben dazu im vergangenen Jahr einen umfangreichen Landtagsantrag (Drs. 20/3717) vorgelegt, dessen Beratung ebenso wie eine angekündigte Sonderauswertung der Landesregierung zum Thema nach wie vor aussteht. Neben der Ausweitung der Präventionsarbeit und der Ausweitung von Verbotszonen haben wir darin insbesondere individuelle Waffenverbote, aber auch die Prüfung des Führerscheinentzugs gefordert. Der Rechtsstaat muss das Instrumentarium gegen Gewalttäter voll ausschöpfen!

Auch die Entwicklung bei der häuslichen Gewalt gibt Anlass zu großer Sorge. Die Zahl der Fälle ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen, und bei der großen Mehrheit der Opfer handelt es sich um Frauen. Diese extreme Form der Gewalt im häuslichen und partnerschaftlichen Bereich müssen wir entschlossen bekämpfen. Die Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter war in diesem Zusammenhang eine notwendige und richtige Entscheidung. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist ein wichtiger Hinweisgeber dafür, wo politisch Handlungsdruck besteht. Es muss alles Mögliche dafür getan werden für mehr Sicherheit, mehr Prävention und einen besseren Schutz der Betroffenen.“